

# Michael Blume spricht über Antisemitismus

Von Barbara Müller

**Auch in der Region Bodensee-Oberschwaben werden antisemitische Straftaten begangen. Ihre Anzahl sei bislang erfreulicherweise gering, sie dürften aber nicht kleingeredet werden, sagte Michael Blume, Antisemitismus-Beauftragter der baden-württembergischen Landesregierung, am Dienstag bei einem Gespräch in Weingarten.**

WEINGARTEN – Blume hielt auf Einladung der Gesellschaft für christlich-jüdische Begegnung einen Vortrag zum Thema „Warum Antisemitismus uns alle angeht“.

Weit mehr als 5000 antisemitische Straftaten haben die Behörden im vergangenen Jahr in Deutschland registriert – mehr als doppelt so viele wie 2022. Seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel im Oktober 2023 und dem Krieg im palästinensischen Gazastreifen habe der Hass gegen Jüdinnen und Juden deutlich zugenommen. „Sie erleben wieder Anfeindungen im Alltag, ihre Ängste werden größer“, so Michael Blume. Seit 2018 ist der Religions- und Politikwissenschaftler Beauftragter des Landes Baden-Württemberg gegen Antisemitismus, seit 2024 mit dem Zusatz „und für jüdisches Leben“. Antisemitismus-Schwerpunkte gebe es vor allem in Universitätsstädten. Dabei seien die Täter vielfach nicht einmal in der Stadt wohnhaft, in der sie antisemitische Straftaten begehen, sondern reisten für ihre Aktionen extra an. Viele Universitäten sähen diese Problematik und hätten erkannt, dass man sich dem Thema gemeinsam stellen müsse – durch effektive Netzwerke, gegenseitige Information, Unterstützung und Beistand. Heidelberg beispielsweise habe eine Art Meldestelle eingerichtet. Für alle Städte wäre es wichtig, so Blume, einen kommunalen Antisemitismusbeauftragten zu haben –



Uwe Stürmer (links), Präsident des Polizeipräsidiums Ravensburg, und Michael Blume, Antisemitismus-Beauftragter der baden-württembergischen Landesregierung.

FOTO: BARBARA MÜLLER

sowohl als Anlaufstelle für die Opfer als auch in Sachen Prävention. Er sei diesbezüglich mit zahlreichen Oberbürgermeistern und Kommunalvertretern in engem Austausch, denn: „Die Leute vor Ort sind näher dran am Geschehen.“

In der Region Bodensee-Oberschwaben sind antisemitische Straftaten eher noch selten. „Wir haben in den vergangenen fünf Jahren insgesamt 117 Straftaten registriert“, berichtete Uwe Stürmer, Präsident des Polizeipräsidiums Ravensburg, zu dessen Einzugsgebiet die Landkreise Ravensburg, Sigmarin-

gen und Bodenseekreis gehören. Die Anzahl der Straftaten sei allerdings über die Jahre hinweg leicht angestiegen und habe mit 28 Straftaten im Jahr 2023 und 35 Straftaten im vergangenen Jahr Höchststände erreicht. Es sei wichtig, diese Straftaten nicht zu verharmlosen oder als Dumme-Buben-Streiche abzutun, so Stürmer. Auch Kritzeleien, Schmierereien, Graffiti oder Comiczeichnungen, die Juden diffamieren oder dämonisieren, seien Straftaten, müssten angezeigt und geahndet werden. Polizei und Staatsanwaltschaft arbeiteten hierbei

Hand in Hand. Viele antisemitische Strafverfahren würden allerdings eingestellt, bedauerte Blume. Hinzu komme eine hohe Dunkelziffer. Studien und Betroffenenbefragungen legten nahe, dass das tatsächliche Ausmaß an antisemitischen Straftaten und Vorkommnissen vermutlich sehr viel größer sei, als die Statistiken anzeigten.

Das Judentum sei die erste Religion der Alphabetisierung, so Blume weiter. Hass und Verschwörungsglaube würden sich nicht zufällig von der Antike bis heute und quer durch die Kulturen immer wieder auf Jüdinnen und

Juden fixieren, obwohl zahlreiche Antisemiten noch nie Menschen jüdischen Glaubens begegnet seien. Antisemitismus lasse sich nicht allein aus Religionsfeindlichkeit und Rassismus ableiten. „Er richtet sich gegen Bildung und Aufklärung schlechthin – und damit letztlich gegen uns alle“, so der Antisemitismusbeauftragte. Verschwörungsmysmen – „wir nennen diese bewusst nicht Verschwörungstheorien, denn es sind keine Theorien“, so Blume – basierten häufig auf mangelnder Information und auf Falschinformationen. Eine große Gefahr der negati-

ven Beeinflussung sieht Blume vor allem in den sozialen Medien – „wir nennen sie mittlerweile anti-soziale Medien“. Die unkontrollierte und oft fehlerhafte Informationsüberflutung bereite den Boden für Verschwörungsmysmen, das Internet wirke als Radikalisierungsmaschine. „Wir haben zwar so viele Informationsmöglichkeiten wie nie zuvor, diese vermitteln aber viel zu wenig reale, klar einzuordnende Sachinformation“, so Blume. Der Medienbildung komme dadurch eine zunehmend wichtige Bedeutung zu.

Einen Schwerpunkt seiner

Arbeit sieht der Antisemitismusbeauftragte in der Prävention. Um Jugendliche zu erreichen, brauche es neue Formate, weiß er. „Wir müssen ihnen die Möglichkeit geben, über das zu sprechen, was sie in den sozialen Medien konsumieren, und sie dazu befähigen, die Informationen richtig einzuordnen.“ Er habe schöne Erfahrungen aus Präventionsprojekten an weiterführenden Schulen, wo die Jugendlichen sehr offen und dankbar für kompetente und sachliche Information seien. Vor kurzem habe er eine Grundschule besucht – auch hier mit guter Resonanz. Wie wichtig Präventionsarbeit sei, zeigten die vielen Anfragen seitens der Schulen. Zudem spreche er oft in Kreistagen oder Gemeinderäten über das Thema Antisemitismus.

Seit fünf Jahren ist Blume erfolgreich mit Podcasts unterwegs. Seine Podcast-Reihe zu Verschwörungsfragen, Antisemitismus, Medienbildung und anderen Themen findet großen Zuspruch. „Wir haben teilweise über 200 Downloads an einem Tag. So viele Menschen sind kaum über einzelne Veranstaltungen zu erreichen.“

Antisemitismus bedrohe nicht nur Juden, sondern die Grundlagen jeder friedlichen, freiheitlichen und rechtsstaatlichen Ordnung, so Blume. Jeder einzelne könne helfen, diesem Negativtrend entgegenzuwirken. Wichtige Voraussetzungen hierfür seien Begegnungen mit vielen Menschen im sozialen Umfeld vor Ort, das Kennenlernen verschiedener Kulturen und Religionen, Respekt und gegenseitige Toleranz sowie verlässliche Informationen durch Medien, die für einen qualifizierten Journalismus stehen. „Anfeindungen können überall lauern. Schauen Sie nicht weg, sondern nehmen Sie eine klare Haltung dagegen ein – und informieren Sie bei Straftaten unbedingt die Polizei“, so Blumes Appell.